

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/7D

13. April 1977

80 Millionen DM für Humanisierung der Arbeitswelt

Die Betroffenen mehr an der Forschungspolitik beteiligen

Von Hans Urbaniak MdB

Stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen und Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Seite 1 und 2 / 71 Zeilen

Die bewährten Instrumente nicht vergessen

Die Richtung unserer Städte- und Wohnungsbaupolitik stimmt

Von Franz Müntefering MdB

Seite 3 und 4 / 59 Zeilen

Eine Frage der Mentalität

Anmerkungen zur Afrika-Reise von Marie Schlei

Von Rudolf Kaffka MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Seite 5 und 6 / 54 Zeilen

Chefredakteur: Holmut G. Schmidt

Hausellée 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 129 406
Pressehaus I, Zimmer 247-224
Telefon: 21 90 36/38
Telex: 05 88 846-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

80 Millionen DM für Humanisierung der Arbeitswelt

Die Betroffenen mehr an der Forschungspolitik beteiligen

Von Hans Urbanik MdB

Stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft
für Arbeitnehmerfragen und Mitglied des Bundestagsausschusses
für Arbeit und Sozialordnung

Nach wie vor ist die Humanisierung der Arbeitswelt ein soziales Problem, und der Ausbau des Arbeitsschutzes durch staatliche Rahmenbedingungen ist neben der sozialen Beschäftigungspolitik eine wichtige Aufgabe der sozial-liberalen Regierung. Wie ernst die Bundesregierung das Problem der Humanisierung nimmt, zeigt der Bundeshaushalt 1977. Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung sieht eine Summe von 10,2 Millionen DM vor, das ist eine Steigerung zum Vorjahr um rund 70 Prozent. Das Bundesministerium für Forschung und Technologie veranschlagt statt 44 Millionen DM im Jahre 1976 in diesem Jahr schon 70 Millionen.

Den Einfluß der Arbeitnehmer im Betrieb und im Unternehmen zu stärken, ist ein weiterer wesentlicher Teil der Strategie zur Humanisierung der Arbeit. Dabei ist Mitbestimmung der Arbeitnehmer Voraussetzung und Inhalt humaner Arbeitsbedingungen zugleich. Die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes, das neue Personalvertretungsgesetz und das Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer haben die objektiven Voraussetzungen für die Humanisierung der Arbeit verbessert. Es bleibt jedoch eine wesentliche Aufgabe festzustellen, ob diese Maßnahmen den gewünschten Erfolg haben. Das heißt, ob für den Arbeitnehmer an seinem Arbeitsplatz unmittelbar eine Verbesserung eingetreten ist.

Bundesforschungsminister Hans Matthöfer hat am 2. März vor dem DGB-Bundesausschuß erklärt, daß auch er darin den Schwerpunkt staatlicher Forschungspolitik sieht. Bisher sind etwa 200 Forschungs- und Entwicklungsprojekte sowie Modellvorhaben von seinem Haus bewilligt worden, und eine ähnlich hohe Zahl von Anträgen liegt vor. In folgenden Bereichen werden Humanisierungsprojekte gefördert: Verringerung oder Beseitigung zu hoher oder gar gesundheitsschädlicher Belastungen am Arbeitsplatz; insbesondere

Maßnahmen in folgenden Problemfeldern: Lärm und Erschütterungen am Arbeitsplatz, schädliche Stoffe (Staub, Chemikalien usw.) am Arbeitsplatz, Schwerarbeit, monotone und einseitige Arbeit, darunter auch psychisch hoch belastende Arbeit, z.B. Prüf- und Kontrolltätigkeit, Entwicklung und Erprobung neuer verbesserter Arbeitsstrukturen sowohl in der Industrie als auch seit kurzem im Dienstleistungsbereich.

Der Verwaltungs- und Dienstleistungsbereich bildet einen neuen Schwerpunkt des Forschungsprogramms "Humanisierung des Arbeitslebens". Im Auftrag des Forschungsministeriums wurden auf einer Fachkonferenz "Büroarbeit" die Probleme dieses Arbeitsbereiches besprochen. Hier sollen sich nicht Fehler wiederholen, die man mit einer übertriebenen Arbeitsteilung in der Industrie gemacht hat und die nun mühsam korrigiert werden müssen. Die Diskussion dieser Fachkonferenz hatte folgende Problemschwerpunkte: Auswirkung des EDV-Einsatzes auf die Arbeitsbedingungen der Angestellten, Probleme der Textverarbeitung, Veränderung anspruchsvoller Sachbearbeitung durch standardisierte Arbeitsprozesse und gesellschaftliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen der Rationalisierung.

Die Ergebnisse der Fachkonferenz werden in konkrete Forschungsprojekte und Modellversuche einmünden. Dabei ist zu bedenken, daß eine wichtige Voraussetzung für die praxisgerechte Erprobung alternativer Lösungsansätze in betrieblichen Modellvorhaben die frühzeitige Beteiligung der betroffenen Mitarbeiter bei der Planung und Durchführung dieser Vorhaben ist. Denn gerade bei der Programmplanung und Durchführung muß man immer wieder darauf achten, daß nichts über die Köpfe der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften hinweg betrieben wird. Eine aktive und kritische Mitarbeit aller Betroffenen ist hier unerlässlich.

Die Humanisierung der Arbeit ist eine längerfristige gesellschaftspolitische Aufgabe. Sie kann nicht immer ohne Konflikte bewältigt werden. Häufig muß sie in den Betrieben gegen den Widerstand der Arbeitgeber durchgesetzt werden. Ebenso herrscht bei vielen betrieblichen Projekten noch der Eindruck vor, daß sich der Einfluß der Betriebsräte nicht recht durchsetzen kann. Um aber das Ziel zu erreichen, mit dem Forschungsprogramm zur Humanisierung der Arbeit die Durchsetzung der Menschenwürde im Betrieb sicherzustellen, ist es notwendig, daß die Zusammenarbeit zwischen Bundesregierung und Gewerkschaften auf dem Feld der Forschungspolitik dauerhaft organisiert wird: Es sollte auf politischer Ebene ein regelmäßiger Meinungs- und Informationsaustausch über alle grundsätzlich interessierenden Fragen und Entwicklungen geführt werden. Gemeinsame Arbeitsgruppen sollten das Problem des Strukturwandels mit seinen beschäftigungspolitischen Konsequenzen aufgreifen. Die Beteiligung der Gewerkschaften in dem etablierten Beratungsapparat des Forschungsministeriums, besonders den programmorientierten Fachausschüssen, sollte verstärkt werden.

Man kann mit Sicherheit davon ausgehen, daß eine solche verstärkte und organisatorisch gefestigte Zusammenarbeit die staatliche Forschungspolitik im Interesse der Arbeitnehmer wesentlich verbessern könnte.

(-/13.4.1977/kr/la)

Die bewährten Instrumente nicht vergessen

Die Richtung unserer Städte- und Wohnungsbaupolitik stimmt

Von Franz Müntefering MdB

Jedes finanzielle Engagement der öffentlichen Hand im Jahre 1977 muß auf arbeitsmarkt- und konjunkturpolitische Wirksamkeit bedacht sein. Dies gilt in besonderer Weise für den Bereich des Städte- und Wohnungsbaus, wo die Vernichtung von Kapazitäten und damit Arbeitsplätze im Bereich Hoch- und Tiefbau verhindert werden muß.

Für den Etat 1977 hat die Bundesregierung dieser Situation entsprochen: Der Einzelplan 25 steigt gegenüber 1976 um 7,3 Prozent (Sollvergleich) und damit stärker als der Gesamtetat (+4,6 Prozent), der Bewilligungsrahmen um 35 Millionen DM. Das Regionalprogramm (2. Förderungsweg) wird als Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 2,195 Milliarden DM ungeschmälert fortgeschrieben. So wird die Förderung von rund 50 000 Wohnungen ermöglicht. Damit werden 800 Millionen DM (entspricht etwa 16 000 Wohnungen) mehr zur Verfügung stehen, als ursprünglich in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen. Wer an dieser Stelle vom Bund die Bereitstellung von noch mehr Mitteln für das Regionalprogramm ordert, wie es einige Oppositionspolitiker tun, muß sich an die Zuständigkeit in Sachen "Sozialer Wohnungsbau" erinnern lassen und an die Möglichkeit seitens der Länder, ähnlich wie der Bund ihrerseits die Ausgaben für den sozialen Wohnungsbau in diesem und in den folgenden Jahren aufzustocken. Es sollen in diesem Jahr und den Jahren bis 1980 insgesamt 2,4 Milliarden (900 Millionen Bundesanteil) im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms im Sinne des Städtebauförderungsgesetzes für den Ersatzwohnungsbau Betriebsverlagerungen, Verbesserungen der städtischen Infrastruktur und die Erhaltung historischer Stadtkerne bereitgestellt werden. Im Jahre 1977 sind für Zuschüsse nach dem Gesetz über Investitionszuschüsse 525 Millionen DM veranschlagt. Der außerordentliche Anstoßeffekt dieses Gesetzes wird deutlich, wenn man den ursprünglich geschätzten Mittelbedarf in Höhe von 230 Millionen mit den heute erkennbaren 990 Millionen vergleicht. Allerdings wird das Auslaufen dieses Gesetzes am 30.6.77 (einschließlich Berlinverlängerung) auf den Baupolitikmarkt bremsend wirken.

Von vielen Seiten wird mit vielen Argumenten eine Neuorientierung des Städte- und Wohnungsbaus gefordert. In der Tat haben sich in diesem Bereich

wichtige Veränderungen vollzogen, und insofern ist der Ruf nach einer Aktualisierung der Konzeption verständlich und richtig.

Nicht richtig wäre es, die bewährten Instrumente zu vergessen, die in den letzten Jahren erfolgte kontinuierliche Entwicklung der Konzeption zu übersehen und auf den einen ganz neuen und ganz anderen Wurf zu warten. Die Richtung unserer Städte- und Wohnungsbaupolitik stimmt: Für städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen stehen 1977 seitens des Bundes wieder 190 Millionen DM zur Verfügung, 152 Millionen sind für Modernisierungs- und Instandsetzungsförderung vorgesehen, Wohnungsbau insbesondere für kinderreiche Familien, alte Menschen und Schwerbehinderte soll mit den 360 Millionen DM aus dem Sozialprogramm gefördert werden. Hinzu kommen die 150 Millionen DM Grundförderung für den allgemeinen sozialen Wohnungsbau, wovon etwa 15 Millionen für den Bedarf speziell im Zonenrandgebiet eingesetzt werden. Von den rund 1,6 Milliarden DM Wohnungsgeld, die in 1977 gezahlt werden, kommen 300 Millionen aus der Bundeskasse. Ab 1978 soll bekanntlich nach Novellierung des Wohnungsgeldgesetzes der Kreis der Berechtigten größer und sollen die Wohnungsbeträge höher werden. Insbesondere Familien mit geringem Einkommen und Rentnerhaushalte werden dadurch finanziell entlastet. Die Ausweitung des 7b wird die Eigentumbildung begünstigen und sich - hoffentlich - stabilisierend auf die Entwicklung der Stadtkerne auswirken. Eine sinnvolle Ergänzung zu den unverändert hohen Ausgaben des Staates für Wohnungsbau-Prämien (2,2 Milliarden, davon die Hälfte Bundesanteil), die ihrerseits eine wichtige Voraussetzung für die Finanzierbarkeit des Eigenheimbaus sind und bleiben. 245 Millionen DM - 75 Millionen DM mehr als 1976 vorgesehen - stellt der Bund für die Förderung des Flüchtlings- und Aussiedler-Wohnungsbaus bereit.

Für 1977 sind die 3,5 Milliarden DM des Bewilligungsrahmens gut eingesetzt. Die Diskussion um die Zukunft der Städte- und Wohnungsbau-Politik muß allerdings weitergehen.
(-/13.4.1977/kr/bef)

+ + +

Eine Frage der Mentalität

Anmerkungen zur Afrika-Reise von Marie Schlei

Von Rudolf Keffka MdB

Mitglied des Bundestageausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Im Zeitalter der Emanzipation darf eine Frau keine Courtoisie in der Politik erwarten, vielmehr bekommt sie Geringschätzung noch dort zu spüren, wo ein Mann möglicherweise gelobt worden wäre. So erging es nämlich Marie Schlei nach ihrer Afrika-Reise.

Nachdem der "Spiegel" schon beim Amtsantritt Marie Schleis gewissagt hatte, daß dies eine Fehlbesetzung sei, bot sich nun die Gelegenheit, den Beweis für die vorausschauende Urteilskraft nachzuliefern. Wenn ein Politiker als "glücklos" oder "ungeeignet" eingestuft worden ist, dann hat er das gefälligst zu bleiben. Was dabei auf der Strecke liegen bleibt, bekümmert anscheinend manchen der Schreibenden nicht.

Nichtdeutsche Zeitungen schrieben von einem glänzenden "Timing", weil der Besuch von Marie Schlei im südlichen Afrika mit den Reisen Podgornys und Castros dorthin zusammenfiel, und in den USA war man hocherfreut über die Reise der Entwicklungsministerin zu eben dieser Zeit, weil man damit westliche politische Präsenz gewährleistet sah. Und wenn die Ministerin protokollarisch von den besuchten Ländern höher eingestuft wurde als normalerweise üblich, dann sollte das deren Selbstverständnis als Blockfreie demonstrieren. Wenn ich die Mitteilung-

gen meiner afrikanischen Freunde in Botswana lese und mit den Berichten des "Spiegel" oder der "Süddeutschen Zeitung" vergleiche, muß ich staunen und mich fragen, ob es den deutschen Journalisten an Humor gebricht, ob sie wohl durch irgendwas während der Reise gekränkt wurden, oder sollte sie der Pressereferent des BMZ geärgert haben?

Marie Schlei ist nämlich eines gelungen: Sie konnte unseren afrikanischen Partnern eindringlich klar machen, daß für uns nur eine friedliche Lösung der Konflikte in Frage kommt, daß wir darum keine Waffen liefern werden. Diese schwierige Aufgabe läßt sich aber nicht mit diplomatischer Vornehmheit, mit Resolutionen und Feiertagsreden bewältigen. Menschliche Bindungen und persönliches Vertrauen spielen in Afrika die wesentliche Rolle. Marie Schlei ist als eine Christin und Sozialdemokratin und darum als eine unkonventionelle Ministerin in Afrika aufgetreten und begeistert aufgenommen worden.

Wer die afrikanische Mentalität kennt, der weiß, daß diese Völker viel gefühlsbetonter leben als wir, der weiß auch, welche dauerhaften Bindungen sie zu ihren wirklichen Freunden eingehen können.

Es ist später als wir denken im südlichen Afrika. Die Eskalation der Radikalität auf beiden Seiten kann zu sinnlosem Sterben zehntausender unschuldiger Menschen führen, und der Raum für eine vernünftige Lösung wird immer schmaler.

Marie Schlei ist in dieser Situation bei ihren afrikanischen Gesprächspartnern, besonders bei Nkomo glaubwürdiger angenommen worden, als es so manch glattzüngiger Analytiker in seiner Überheblichkeit wahrhaben möchte.

Aber vielleicht meint man mit den Anwürfen gar nicht die Ministerin?

(-/13.4.1977/bgy/1a)

* * *